

FRANKFURTER KONFERENZ

zu einer integrierten Drogenpolitik und Drogenarbeit 2008

http://www.rheinmain.net/sixcms/detail.php/4359127/v2_rmn_news_article und FNP

Neue Thesen zur Drogenpolitik

01.03.2008



Dr. Manuela Rottmann

» Konferenz fordert flexible Drogenpolitik » Heroinvergabe: SPD im Römer sieht Schuld bei der Union

Frankfurt. Neuen Schwung in die Diskussion um die Drogenpolitik von Städten und Gemeinden sollen die „Frankfurter Thesen“ bringen, die gestern auf dem „Kongress zu einer integrierten Drogenpolitik und Drogenarbeit“ von Gesundheitsdezernentin Manuela Rottmann (Grüne) vorgestellt wurden.

Rund 200 Experten aus dem In- und Ausland haben auf dem zweitägigen Kongress den aktuellen Stand zum politischen Umgang mit Drogenkonsum, aber auch der wissenschaftlichen Diskussion diskutiert. Dabei konnten sie auf über 20 Jahre Erfahrung mit unterschiedlichen Modellen der Drogenhilfe und –prävention zurückgreifen.

Deutlich wurde in den Referaten, dass die Frankfurt Drogenpolitik eine Sonderstellung einnimmt. Denn schon 1988 seien Forderungen umgesetzt worden, die bis heute Bestand haben. Allen voran die enge Zusammenarbeit zwischen Drogenhilfeeinrichtungen und Polizei. „Wir haben in Frankfurt als erste diese Zusammenarbeit gesucht, weil wir mit der Zahl von rund eintausend Süchtigen nicht fertig geworden sind,“ erinnerte Peter Frerichs, heute Polizeipräsident von Wiesbaden, der 1988 die Montagsrunde mit allen Beteiligten mit ins Leben rief.

Auf neue Herausforderungen an die Politik angesichts neuer und leichter verfügbarer Drogen verwies Dezernentin Rottmann. „Auch wenn das öffentliche Interesse nachgelassen hat. Das Problem besteht weiterhin,“ so die Politikerin. Die aktuelle Drogenarbeit müsse sich „an einem Menschenbild orientieren, das einer pluralistischen Gesellschaft angemessen ist.“ Was angemessen wäre, scheint nicht eindeutig. So kritisierte Günter Amendt „einen Trend zu immer mehr Verboten“ fest, den er mit der einer „aggressiven Kampagne“ gegen Raucher belegte, die sich aus dem Schutz der Nichtraucher entwickelt habe. Er schimpfte auch über das Verbot von Cannabis, das seiner Meinung nach „nicht zu rechtfertigen“ sei.

FRANKFURTER KONFERENZ

zu einer integrierten Drogenpolitik und Drogenarbeit 2008

Cornelius Nestler von der Universität Köln wagte sogar die aufrührerische These, dass die Drogen-Verbote zu viele Ressourcen bei Polizei und Staatsanwaltschaft binden, die bei einem legalisierten Drogenkonsum für andere Aufgaben eingesetzt werden könnten. Dem widersprach Frerichs vehement und erklärte, dass nur solche Drogendelikte an die Staatsanwaltschaft gingen, die im Zusammenhang mit Delikten wie Raub, Diebstahl oder Einbruch verfolgt werden müssten.

Rottmann wollte die Verbotsdebatte nicht führen. Die Frankfurter Zahlen zeigten, dass die Hälfte aller Jugendlichen Cannabis schon einmal ausprobiert habe. Sie interessiere es nicht, ob es verboten sei oder nicht. Da nahezu jeder Zugang zu dieser Droge finden könne, folgerte Rottmann, „müssen wir die Jugendlichen dazu befähigen, mit den Drogen umzugehen. Die Debatte, ob Verbote oder nicht, hilft da nicht weiter.“

In den „Frankfurter Thesen“ wird deshalb darauf hingewiesen, dass „die Grenzen zwischen legalen, halblegalen‘ und illegalen Drogen immer mehr verschwimmen“. Der Mischkonsum von legalen und illegalen Substanzen gehöre längst zum Alltag vieler Jugendlicher. (wyg)

Presse stimmen zu Frankfurter Konferenz zur kommunalen Drogenpolitik und Drogenhilfe am 28. und 29. Februar 2008
